

Die Bundesregierung positioniert sich

Zur Absage der Pressekonferenz des UBA zu den Flugrouten am BER

Die Informationen des UBA zu den Flugrouten am zukünftigen BER wurden von vielen Bürgerinitiativen mit großer Spannung erwartet. Für die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf und die angrenzenden Berliner Stadtteile ist vor allem die sog. Wannseeroute von Bedeutung. Sie ist die Hauptausbauroute für die Abflüge, wenn der Flughafen weiter mit dem zunehmenden Verkehr Richtung Asien wächst. Diese Route führt allerdings über das dicht besiedelte Gebiet von Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf und über Berlin, insbesondere Zehlendorf, Lichterfelde, Lankwitz und Marienfelde. Darum wurde mit Spannung erwartet, wie das UBA diese Route im Hinblick auf die gesundheitlichen Folgen der Bevölkerung einschätzt, wenn die Route so häufig von Flugzeugen benutzt werden soll, wie bisher geplant, und welche Alternativen das UBA empfiehlt.

»Mit der Absage der für heute angesetzten Pressekonferenz des UBA zu den Flugrouten am zukünftigen BER hat die Bundesregierung klargestellt, wo sie tatsächlich steht. Dieser Schritt ist nur damit zu erklären, dass die Bundesregierung eingegriffen und den Wünschen des Bundesverkehrsministeriums auf Unterdrückung der Ergebnisse des UBA entsprochen hat. Die Bundesregierung stellt damit klar, dass sie auf die Gesundheit der Bürger pfeift und der Lobby der Luftverkehrswirtschaft folgt. Man fällt dabei anscheinend in Reflexe des letzten Jahrhunderts zurück. »Unliebsame Informationen werden unterdrückt und deren Veröffentlichung verhindert«, so der Sprecher der BI Teltow, Thomas Czogalla.

Unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes könnte es für die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf und der angrenzenden Berliner Stadtteile besonders bitter ausgehen. Laut den jahrelang publizierten Infobroschüren des Flughafens sollte diese Region gar nicht mit Fluglärm belastet werden (siehe auch anliegende Präsentation). Darauf vertraute die Bevölkerung dieser Region. Der Vertrauensschutz der Menschen wurde von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesverkehrsminister Ramsauer betont. Ebenso wurde die Transparenz bei der Festlegung der Flugroutenzugesichert.

Allerdings soll die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur bei Abflügen über die Wannseeroute nach Asien stark und immer stärker belastet werden.

Aus gut unterrichteten Kreisen hat die BI Teltow nämlich erfahren, dass die DFS die Anweisung erhalten soll, die Brandenburger Landeshauptstadt Potsdam möglichst vollständig von Überflügen freizuhalten. Darum gibt es nur zwei Möglichkeiten, bei Ostwind die Anflüge zur Nordbahn zu führen: Entweder über die dicht besiedelten westlichen Stadtgebiete von Berlin und der Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf mit über 200.000 Menschen oder alternativ westlich von Potsdam über dünn besiedeltes Gebiet. Letzteres hat auch die Fluglärmkommission empfohlen, allerdings stößt das bei Hobbypiloten am Flugplatz Lüsse bei Bad Belzig auf Widerstand, die dann ihr Hobby nicht mehr so uneingeschränkt ausüben könnten. Zur Lobby des Hobbyflughafens Lüsse scheinen auch hochrangige Politiker zu zählen. Sollte sich diese Lobby durchsetzen, so würden wegen ein paar Hobbyfliegern die Anflugrouten bei Ostwind zur Nordbahn über Berlin und die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf gelegt werden und damit über 200.000 Menschen auch von Anflügen in niedriger Höhe belastet werden.

Darum wurde von den Bürgerinitiativen Teltow gegen Fluglärm eV. und Lichterfelde gegen Fluglärm auch mit großer Spannung erwartet, was das UBA zu den Anflugrouten zu sagen hat.

Es ist jetzt klar: Vertrauensschutz und Transparenz sind tatsächlich Makulatur und Klientelpolitik scheint im Vordergrund zu stehen.

Thomas Czogalla
1. Vorsitzender
Teltow gegen Fluglärm eV.

Herbert Rinneberg
Sprecher der Bürgerinitiative
Lichterfelde gegen Fluglärm